Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 79. **Montag** den 13. Februar 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Zur Eröffnung der Berliner Handelskammer fand gestern ein Festmahl statt, an dem die Spitzen der Behörden teilnahmen. (S. Letzte Dep.)

* Franz Kossuth wurde gestern vom Kaiser Franz Josef in dreiviertelstündiger Audienz empfangen. (S. Letzte D.)

* Kaiser Franz Josef beglückwünschte den König von Italien zur Errichtung des Internationalen Landwirtschafts-Instituts. (S. Letzte Dep.)

* Die Generalversammlung der Russischen Technischen Gesellschaft in Petersburg regte die unverzügliche Bearbeitung der Arbeiterfrage an. (S. Letzte Dep.)

Herr Bernstein als Sprecher der Industrie.

Man schreibt uns: Es ist schon der Mühe wert darauf aufmerksam zu machen, wenn durch den roten Phrasenqualm, der von Tag für Tag von den Herden der Sozialdemokratie aufsteigt, einmal das Licht einer besseren Erkenntnis durchbricht. So verdient die bei der ersten Beratung der Handelsverträge gehaltene Rede des Abg. Bernstein insofern Beachtung, als er die Schädigung der Industrie zum Hauptpunkte seiner Kritik machte. Er verwirft die Handelsverträge, weil sie, wie er ausführt, auf Kosten der wichtigsten industriellen Interessen erkauft worden seien. Die Rede des Herrn Bernstein enthielt folgende Sätze:

Unter der Caprivischen Politik hat sich die Ausfuhr bedeutend mehr gehoben als die Einfuhr. Unter der Herrschaft unserer steigenden Getreidezölle blieb die Ausfuhr fast stabil. Erst als die Zölle ermäßigt wurden, stieg die Ausfuhr. Erst da, durch das Aufblühen der Industrie, konnten die Arbeiter ihre Lage durch ihre Koalitionen verbessern. Wie soll es nun werden, wenn die Getreide exportierenden Länder ihren Export vermindern? Dann könnten wir die Hungerpreise der 70er Jahre bekommen. Die erhöhten Zölle werden den Bodenpreis und die Spekulation steigern auf Kosten der konsumierenden großen Massen. Jede schlechte Konjunktur drückt auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter mit doppelter Wucht. Darum hoffen die Arbeiter wenigstens auf eine Steigerung des Minimallohnes, auf die Steigerung der Kaufkraft ihrer Löhne. Dieser Entwicklung stellen sich die Schutzzöllner gegenüber, sie wollen hohe Zölle und hohe Tarife. Mit dieser Politik ist ganz notwendig im Laufe der Entwicklung eine Verschlechterung der Lage des Arbeiterstandes verbunden. In den Zollabmachungen ist kein für die Landwirtschaft wertvolles Objekt preisgegeben worden, dagegen hat man eine ganze Reihe sehr wichtiger Industrieinteressen einfach geopfert. Irgendwo mußte kompensiert werden, und da hat man denn die Industrie daran glauben lassen. Wird Rußland den Vertrag ratifizieren? Die Entscheidung durch ein Schiedsgericht wäre ein Fortschritt, aber für diese geringen Verbesserungen haben die Arbeiter den Preis zu zahlen, deren Lage durch diese Verträge ganz erheblich verschlechtert wird. Wir können nicht die Verantwortung für Verträge übernehmen, die die Industrie und damit die Arbeiter schädigen.

Ist dieses Eintreten für Industrie und Handel von seiten des Sprechers einer Partei, die nach Bebel kein anderes Ziel kennt als die Revolution, an sich schon ein merkwürdiger Verstoß, so liegt in der Berufung Bernsteins auf die Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Arbeiterschaft noch ein weit stärkerer Widerspruch gegen die „reine Lehre“. Das Wort Interessengemeinschaft hat der Redner freilich nicht direkt gebraucht, doch wenn er sagt: „Die Industrie muß sich zufrieden geben, wer aber wird das auszubaden haben? Die Arbeiterschaft!“ so gibt er damit zu, daß die Erhaltung des Marktes für die Industrie gleichbedeutend ist mit der Sicherung des Brotes für den Arbeiter. Dieser Gedanke an die Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Arbeiterschaft wird aber bekanntlich regelmäßig von den andern Gelehrten der roten Fakultät als „sauler Harmoniedusel“ bezeichnet, so bald er auf bürgerlicher Seite ausgesprochen wird. Wir stellen deshalb die Aeußerung des Abg. Bernstein fest, ohne zu untersuchen, ob und wie weit seine an den Handelsverträgen geübte Kritik berechtigt ist.

Wie wäre es übrigens, wenn Herr Bernstein den einmal erfaßten Gedanken etwas weiter verfolgen würde! Wenn seine Partei Handelsverträge verlangt, die der Industrie die Ausfuhr möglichst erleichtern, weil damit auch dem deutschen Arbeiter am besten gedient ist, so muß er doch auch zugeben, daß der Staat durchaus richtig verfährt, wenn er der Industrie und dem Handel nicht bloß den Zugang zum Weltmarkte zu erhalten sucht, sondern auch auf die Eröffnung neuer Absatzgebiete bedacht ist. Da diese nicht auf dem Monde, sondern auf diesem Planeten gesucht werden müssen — die anderen handeltreibenden Völker, namentlich England, aber nicht geneigt sind, uns gutwillig den Platz zu räumen, vielmehr jeder Erfolg in erster Linie von der Macht des Kapitals abhängt, so ist die nächste Konsequenz doch wohl die, daß wir uns derselben Mittel zum guten Zwecke bedienen müssen, wie sie auch. Damit sind wir genau auf dem Punkte, wo es heißt: entweder sind wir Welt- und Handelsmacht und dann müssen wir auch die Mittel wollen, d. h. wir brauchen eine groß angelegte Handels- und Kolonialpolitik und zu ihrem Schutze die achtunggebietende Flotte oder wir verzichten und beschränken uns auf den mageren Anteil, den uns im besten Falle die andern übrig lassen. Im ersteren Falle hat die deutsche Arbeiterschaft Aussicht, ihrer Hände Kraft in steigendem Maße zu verwerten, im letzteren wird sie, um im Sinne Bernsteins zu reden, die Schäden des Rückganges zuerst am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Genosse Schippel hat die Richtigkeit dieses Gedankenganges eingesehen. Er ist darob einer hochnotpeinlichen Inquisition verfallen, die zwar nicht mit einem Auto da fé endete, ihn aber doch zum stillen Mann machte. Die Freiheit des Denkens geht bei der Sozialdemokratie eben auch nur soweit als es die hochmögende Parteitheokratie gestattet. „Halt bei geschlossener Barriere!“

Die Krisis in Russland.

Die Situation an der preußisch-russischen Grenze.

Dem „L.-A.“ ist in der Nacht zum Sonntag aus Kattowitz berichtet worden: Ein verstärkter Schutz für die diesseitige Landesgrenze ist infolge der Sosnowicer Ereignisse eingetreten. Oberpräsident Graf von Zedlitz-Trützschler, der heute die Grenze bereiste, hat die nachstehenden Anordnungen nach Vorschlag des Landrats Gerlach getroffen: In Anbetracht, daß die Landgemeinden das Auftreten russischer Marauderbanden fürchten, wird bei Schoppinitz-Robgin eine starke Abteilung Fuß- und berittener Gendarmen stationiert. Die letzteren haben die besondere Pflicht, Patrouillenritte längs der Grenze vorzunehmen, sich in den diesseitigen ländlichen Grenzortschaften zu zeigen und die Einwohner somit zu beruhigen. Es ist den berittenen Gendarmen aber auch gestattet, daß sie in Trupps zu dreien die russische Grenze überschreiten und auf kurze Distanz in den jenseitigen Grenzkorbon hineinreiten. Diese freundnachbarliche Grenzverletzung ist zwischen den hiesigen Behörden und dem russischen Kreisamt in Petrikau vereinbart worden; sie hat den Zweck, an der jenseitigen Grenze die preußische Wachtbereitschaft zu beweisen und von dem widerrechtlichen Ueberschreiten der diesseitigen Grenzpfähle abzuschrecken. Ferner sind in allen Ortschaften die Polizeibeamten angemessen instruiert und auch ihrerseits zu Patrouillenzügen veranlaßt, jedoch immer nur in kleinen Trupps. Die Bewachung der Eisenbahnbrücke von Sosnowice bleibt bestehen. Endlich hat der Herr Finanzminister genehmigt, daß die auf Revisionsgängen begriffenen, mit Schußwaffen versehenen Grenzaufseher auch ihrerseits auf Patrouillen gehen. Diese Bestimmungen bleiben bis auf weiteres in Kraft. Aus Sosnowice ist eine weitere Verstärkung des Militärs durch ein Bataillon Infanterie zu melden. Sechs Regimenter — je ein Bataillon Infanterie und Kavallerie, zwei Maschinengewehre — stehen jetzt zur Verfügung des Kommandierenden. Im hiesigen bestunterrichteten Kreisen glaubt man, daß die Katastrophe mit dem leider noch zu erwartenden Ableben gewisser Schwerverletzter insgesamt 75 Opfer fordern werde. Die Erbitterung der Arbeiter ist noch im Steigen.

In Lodz

haben nach der Petersburger Telegraphen-Agentur die Fabrikbesitzer den Arbeitern 60stündige Arbeitszeit pro Woche und die geforderten Lohnerhöhungen zugebilligt unter der Bedingung, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird; wenn das nicht geschieht, sollen alle Fabriken auf unbestimmte Zeit geschlossen werden.

Erklärung des Stadtverordneten Schnitnikow

Der Petersburger Stadtverordnete Rechtsanwalt Schnitnikow gab nach der „N. Fr. Pr.“ am 8. Februar in der Duma eine Erklärung über seine Verhaftung und Freilassung. Er wurde am 24. Januar ohne Angabe eines Grundes in seiner Wohnung verhaftet und in das Gefängnis im Wiborger Stadtteil abgeführt; seine Korrespondenz und die seiner Frau wurden beschlagnahmt. Das Bureau der Rechtsanwälte betraute, als es die Verhaftung erfuhr, den Rechtsanwalt Rabinowitsch mit der Vertretung der Interessen Schnitnikows. Rabinowitsch ging am 25. Januar zu dem Vorweser der Spezialsektion im Polizeidepartement und ersuchte um die Erlaubnis zum Besuche Schnitnikows. Der Vorweser erklärte: „Ich weiß gar nicht, warum Schnitnikow arretiert worden ist. Der Besuch ist unnütz, da die Freilassung sofort erfolgen wird.“ Tatsächlich wurde Schnitnikow am 25. Januar freigelassen. Der Grund seiner Befreiung wurde ebensowenig angegeben, wie jener der Verhaftung. Am 4. Februar wurden Schnitnikow die beschlagnahmten Papiere zurückgestellt. Das Korrespondenzpaket war von der Polizei gar nicht geöffnet worden. Stadtverordneter Kedrin ist noch im Gefängnis.

Der russisch-japanische Krieg.

Eine weitere Unterredung mit Stössel

hat der Korrespondent der „Nowoje Wremja“ gehabt, der mit dem Verteidiger von Port Arthur auf dem Dampfer „Australien“ nach Europa fuhr. Dem Gespräch wohnte Stössels Stabschef, General Reis, bei. Stössel protestierte energisch gegen die englischen und japanischen Blättermeldungen, wonach die Festung zu früh kapituliert hätte. Er habe alles getan, was möglich gewesen, der Festung fehlte aber sowohl Munition wie Proviant. Die Verteidigungslinie hatte eine Ausdehnung von 25 Werst und für die Besetzung dieser Linie waren nur 8000 Soldaten verfügbar, die kaum auf den Füßen stehen konnten. Alle anderen waren tot oder krank. An Munition gab es nur kleinkalibrige Granaten und 2 Millionen Gewehrpatronen, die gegen die 11zölligen Belagerungsgeschütze der Japaner wenig ausrichten konnten. Alle Lebensprodukte waren erschöpft. Während der ganzen siebenmonatigen Belagerung traf nur eine einzige Dschunke mit Mehl ein. Der 203 Meter-Hügel hatte keine große strategische Bedeutung für die Verteidigung, doch konnte die russische Flotte von dort aus gerüstet werden. Ueber die Halbinsel Liaotieschan äußerte Stössel, sie sei sehr nützlich als Schutz gegen Ueberfälle von der Seeseite, habe aber wenig Bedeutung gegen Angriffe von Land aus. Ueber den General Kondratenko sagte Stössel: „Sein Tod war ein schwerer Verlust für die Verteidigung Port Arthurs; er befand sich nebst seinen Offizieren in Mindagen, als eine japanische Granate ihn erreichte. Sein Tod wurde durch den furchtbaren Luftdruck des explosiven Geschosses, der ihn gegen eine Betonwand schleuderte, verursacht, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde.“ Zwischen Stössel und Kondratenko existierte keine Meinungsverschiedenheit. General Fock, der sich jetzt mit den russischen Gefangenen in Japan befindet, war ebenfalls ein großer Freund Stössels. — Ueber den Admiral Fürsten Uchtomski beobachtete Stössel tiefes Schweigen. Uchtomski wurde sofort auf allerhöchsten Befehl durch Admiral Wiren abgelöst, nicht infolge eines Kriegsrats unter dem Vorsitz Stössels, wie angegeben wurde. Stössel glaubt fest an einen glücklichen Ausgang des Krieges für Rußland. Sobald der erste Landsieg errungen sei und Rußland wieder die Herrschaft zur See habe, müsse Port Arthur zurückerobert werden. Sollte die Herrschaft zur See nicht erreichbar sein, so werde Rußland Port Arthur nach dem Friedensschluß zurückverlangen. General Stössel ist leicht am Kopf verwundet. Auf dem Schiffe „Australien“ befinden sich 7 Generale, 1 Kontreadmiral, 1 Marineingenieur, 138 Offiziere, 2 Priester, 7 Frauen, 6 Waisen und 174 Soldaten. Admiral Uchtomski verblieb noch in Port Arthur. „Wir erfüllten alle unsere Pflicht,“ so schloß General Stössel, „wir wußten, daß weder die Baltische Flotte noch Kuropatkin uns Hülfe bringen konnten. Deshalb waren wir gezwungen, zu kapitulieren.“

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Februar.

* **Bülow und Posadowsky.** Gegenüber den neuerdings aufgetauchten Gerüchten, daß der in den letzten Wochen von der agrarischen und konservativen Presse lebhaft angegriffene Graf Posadowsky mit dem Reichskanzler in Streit geraten sei und deshalb gedenke, zurückzutreten, wird der „B. H.-Ztg.“ von zuverlässiger Seite berichtet, daß das Verhältnis zwischen Graf Bülow und seinem „Arbeitsminister“ niemals ein innigeres gewesen sei, als gerade jetzt, wo durch die Annahme der Kanalvorlage gut Wetter am Sitze der Regierung herrscht. Die Gerüchte vom Rücktritt des Grafen Posadowsky beruhen sonach auf haltloser Erfindung.

* **Parlamentarische Arbeitspläne.** Im Reichstage besteht die Absicht, nach Abschluß der ersten Lesung der Handelsverträge für einige Tage die Plenarsitzungen ausfallen zu lassen, um der Handelsvertragskommission Zeit für die Erledigung ihrer Aufgaben zu gewähren. Das preußische Herrenhaus wird die wasserwirtschaftlichen Vorlagen am 16. Februar zu beraten beginnen und über den 17. Februar hinaus keine Sitzungen abhalten.

* **Andere Saiten?** Die Annahme der Kanalvorlage im preußischen Abgeordnetenhause wird selbstverständlich auch in dem üblichen Wochenrückblick der „Nordd. Allg. Ztg.“ behandelt. Auffällig ist dabei die Tonart, worin das offiziöse Blatt von dem Bunde der Landwirte und seiner Politik spricht. Es sagt mit bemerkenswerter Schärfe:

Im allgemeinen nahmen die Beratungen der letzten Wochen und Monate einen glatten, streng sachlichen Verlauf, charakteristisch aber ist eine politische und doch gerade in diesem Zusammenhang nicht überflüssige Auseinandersetzung zwischen dem Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Hahn einerseits, der Regierung und dem Führer des politisch und nicht, wie die Leitung des Bundes der Landwirte, lediglich agrarisch-agitatorisch gerichteten Gros der konservativen Parteien, v. Kardorff, anderseits. Die Debatte ergab eine Art von Abrechnung mit den im Verlaufe der Kanalverhandlungen immer aufs neue wiederholten Versuchen des Bundes der Landwirte, sich ein Richteramt über die politischen Parteien besonders der Rechten anzumaßen und den Abgeordneten dieser Richtung ein mehr oder minder deutlich ausgesprochenes, mit der Verfassung nicht im Einklang stehendes imperatives Mandat aufzuerlegen. Diese Taktik, die in der Kanalfrage ebenso wie seinerzeit nach Annahme des Zollkompromisses vor den Neuwahlen des Jahres 1903 völlig gescheitert ist, suchte Dr. Hahn am Montag in einer längeren Rede freilich nach Kräften zu verschleiern, er stellte zu diesem Behufe Behauptungen auf, die jedem Kenner der Verhältnisse allerdings nur ein Lächeln ablocken konnten. Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben nahm denn auch die Gelegenheit wahr, die von der Presse des Bundes der Landwirte ausgegangenen Uebertreibungen, welche die Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen den Kreisen der Landwirtschaft und der Regierung zu verhindern suchten und den wirklichen landwirtschaftlichen Interessen nur geschadet haben, in ihrem wahren Lichte darzustellen. Die Selbstüberschätzung, welche sich in den Bestrebungen der Leitung des Bundes der Landwirte, eine große agrarische Partei zu gründen und die bisherigen Parteien zum Verschwinden zu bringen, ausspricht, wurde sodann vom Senior der freikonservativen Partei v. Kardorff in wirksamster Weise gekennzeichnet.

So deutlich hat man in Regierungskreisen lange nicht mit den Bündlern geredet. Ob aber daraus zu schließen ist, daß man „oben“ überhaupt andere Saiten gegen die Agrarier aufziehen will, das möchten wir doch bezweifeln.

* **Parteitag der Freisinnigen Vereinigung.** Unter zahlreicher Beteiligung der Delegierten aus allen Teilen des Reiches trat gestern abend im Hotel Prinz Albrecht der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung unter dem Namen „Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen“ zusammen. Unter den Anwesenden bemerkte man die Reichstagsabgeordneten Schrader, Dr. Pachnicke, Gerlach, Gothein u. a., die Landtagsabgeordneten Ernst, Beltzsohn, Cohn-Dessau und ferner die bekannten, nicht den Parlamenten angehörenden Mitglieder, wie Pfarrer Naumann, Dr. Barth und viele andere. Von den Frauen sieht man Minna Cauer und Else Lüders. Gegen 8 Uhr abends eröffnete Abg. Eisenbahndirektor a. D. Schrader den Parteitag mit einem warmen Nachruf auf Theodor Mommsen und erstattete sodann zusammen mit dem Redakteur Weinhausen den Geschäftsbericht. Den Ausführungen Schraders, der in kurzen Zügen auch die gegenwärtige politische Lage zeichnete und dabei von den Nationalliberalen weit abrückte, war zu entnehmen, daß der Zwist im eigenen Lager über das Verhältnis zur Sozialdemokratie als erledigt angesehen werden kann. Man werde zwar sowohl die Reaktionären als auch die Sozialdemokratie bekämpfen, aber andererseits auch eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht scheuen. Zu begrüßen sei das Zusammengehen der Liberalen in Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen. Redakteur Weinhausen berichtet über das innere Parteileben und die Agitation. Der neue Statut-Entwurf, der dem Parteitag vorliegt, sieht vor, daß die „Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen“ ersetzt werden soll durch den Delegiertentag. Mitglieder dieses Delegiertentages sollen sein die Reichstagsabgeordneten und -Kandidaten, die Landtagsabgeordneten, die Vorstandsmitglieder und ein auf je 1000 Reichstagsstimmen gewählter Delegierter. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Rechtsanwalt Löwenthal-Altona wendet sich scharf gegen das neue Statut, das den Parteitag zu einem engen Kouventikel mache und ihm den Rechenschaftsbericht ersetze. (Widerspruch.) — Wilckens-Bremen und ein Vertreter Stettins, sowie der Reichstagsabgeordnete Dr. Pachnicke verteidigten den Vorstandsentwurf, der schließlich auch angenommen wurde. Landtagsabgeordneter Ernst-Schneidemühl und Lehrer Tews-Berlin referierten über die Aufgaben der Volksschule unter besonderer Berücksichtigung des Schulkompromisses. — In der heutigen Mittagssitzung referierte Reichstagsabgeordneter Gothein über die zurzeit im Reichstag zur Verhandlung gelangenden Handelsverträge.

* **Verein deutscher Arbeitgeberverbände.** Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat in Verfolgung seiner Aufgaben dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die Gründung einer Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen empfohlen. Der Ausschuß des Gesamtverbandes hat dieser Anregung einstimmig Folge gegeben und seine Unterverbände aufgefordert mit allen ihren Mitgliedern der Entschädigungsgesellschaft beizutreten. Sieben Bezirksverbände haben inzwischen bereits einstimmig den Beschluß gefaßt, in die zu gründende Gesellschaft einzutreten, und zwar der Verband der Eisenindustrie Hamburgs und der Verband der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden am 10. Januar, der Arbeitgeberverband Unterweser in Bremen am 11. Januar, der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend am 21. Januar, der Verband der Metallindustriellen Magdeburgs und Umgegend am 30. Januar, der Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie Kiels am 1. Februar und der Verein Lübecker Metallindustrieller am 2. Februar.

— Geheimer Regierungsrat Oskar Knack, Direktor beim Reichstage, der als höchster Beamter dieser gesetzgebenden Körperschaft nicht etwa nur den Gang der mannigfachen laufenden Geschäfte zu leiten, sondern, was viel mehr sagen will, auch dafür zu sorgen hat, daß unter den wechselnden Präsidien eine feste Tradition zur Anerkennung gelangt, feierte am Sonntag sein 50jähriges Dienstjubiläum in einer noch so arbeitsreichen Leben doppelt erstaunlichen Dienstfreudigkeit. Oskar Knack wurde am 1. Oktober 1838 zu Berlin geboren. Am 12. Februar 1855 trat er in den Justizdienst ein, wurde 1859 Gerichtsaktuar, 1862 Bibliothekar des Justizministeriums, 1867 Geheimer Registrator im Bundeskanzleramt, 1871 Vorsteher einer Registratur, 1872 erster Rendant des Reichstages, 1874 Rechnungsrat, 1880 Bureaudirektor des Reichstages, 1881 Geheimer Rechnungsrat, 1889 zur Hebung der Stellung Direktor beim Reichstage, 1892 Geheimer Regierungsrat. Auch in den Feldzügen von 1864, 1866, 1870/71 hat er dem Vaterlande seine Kräfte geweiht. Zu seinem Ehrentage waren auf Einladung des Präsidenten Grafen v. Ballestrem der Gesamtvorstand des Reichstags und die Senioren heute vormittags in der Vorstandshalle versammelt. Präsident Graf v. Ballestrem hielt eine Ansprache an den Jubilar und überreichte ihm den vom Kaiser verliehenen Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und der Zahl „50“. Die Mitglieder des Reichstags stifteten dem Jubilar ein Silbergeschenk. Dem Jubilar gratulierten persönlich die Staatssekretäre Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Richthofen, Freiherr v. Stengel, Kolonialdirektor Dr. Stuebel, Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz, Direktor im Reichsschatzamt Twele, Gesandter Dr. v. Reichardt u. a. Unter den zahlreichen schriftlichen Glückwünschen befanden sich solche vom Reichskanzler Grafen v. Bülow, den Ministern des Innern und des Krieges, Staatsminister a. D. v. Böttticher und zahlreichen Behörden. Möge der Jubilar in solcher dem freien Willen der Volksvertretung entsprungenen und deshalb doppelt schätzenswerten Anerkennung einen Lohn finden für seine umfassende Betätigung im Dienste des Reiches.

*

* **Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.** Nach den aufregenden Szenen der letzten Tage tritt jetzt auch unter den Bergarbeitern des Essener Bezirks nach und nach eine ruhigere Stimmung ein. Die Zechenverwaltungen bezeichnen die Nachrichten von Massenabkehrungen und andern rigorosen Maßnahmen als unbegründet. Wie ein Zechenbesitzer erklärte, werden zweifellos die meisten Verwaltungen den Arbeitern gegenüber konziliant verfahren. Vom Mülheimer Bergwerksverein wird, um die finanzielle Not unter den angefahrenen Bergleuten nicht zu groß werden zu lassen, schon am 15. Februar eine Abschlagszahlung und am 25. die Löhnung angeordnet werden. Diesem Beispiele dürften auch andere ziehen folgen. Nach einer einem Vertreter des „L.-A.“ gemachten Mitteilung wird, wie jede andere derartige Bewegung, auch dieser Streik nicht ohne einige Maßregelungen abgehen. Da der Knappschaftsverein darauf verzichtet hat, von seinen mehr als vier Wochen feiernden Mitgliedern neue Gesundheitsatteste zu verlangen, wird der Einfahrt der Bergleute aus diesem Grunde kein Hindernis mehr im Wege stehen. Die Sitzung der Siebenerkommission am Sonnabend dauerte fünf Stunden. Abgesehen von dem bereits mitgeteilten Aufruf waren die Beratungen geheim. Seitens beider Verbände werden vorläufig keine weiteren Bergarbeiterversammlungen anberaumt, bis die Gemüter allenthalben beruhigt sind. Die sogenannten wilden Versammlungen haben mit den Organisationen nichts zu tun; ihre Beschlüsse haben keine bindende Kraft, wohl aber werden in diesen Tagen die einzelnen Organisationen Mitgliederversammlungen abhalten, zu denen aber auch nur Mitglieder, die sich durch ihre Mitgliedskarte ausweisen, Zutritt haben. Im übrigen werden die Beschlüsse der Konferenz streng geheim gehalten. Aus alledem ergibt sich zur Genüge, daß die Siebenerkommission von den radikalen Elementen unter den Bergarbeitern sich nicht das Konzept verderben lassen will.

* **Oldenburg,** 12. Februar. Da das Reichsgericht die Ablehnungsanträge bezüglich der oldenburgischen Richter zurückgewiesen hat ebenso das Oberlandesgericht, so wird der Prozeß Ruhstrat-Biermann im nächsten Monat vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung kommen. Der Meineidprozeß gegen den Kellner Meyer wird das gemeinsamen Oberlandesgerichts wegen nach Bückeburg verwiesen werden.

* **Düsseldorf,** 12. Februar. Die Opposition innerhalb der hiesigen sozialdemokratischen Partei hat sich unter dem Namen „Sozialdemokratische Vereinigung für den Stadt- und Landkreis“ eine neue Organisation geschaffen. Ein soeben herausgegebenes Flugblatt der Opposition schildert das Gebaren der hiesigen sozialdemokratischen Parteigrößen als „jeder Gerechtigkeit und Wahrheit hohnsprechend.“

* **Karlsruhe,** 12. Februar. Die hiesige Handelskammer erhob in ihrer letzten Sitzung gegen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen entschieden Einspruch.

* **München,** 12. Februar. Der Rücktritt des Kriegsministers v. Asch und des Militärbevollmächtigten v. Enders in Berlin ist bevorstehend. Der Nachfolger des letzteren wird der Sektionschef im Ministerium, Oberst Frommel.

SLUB
Wir führen Wissen.